

10. JULI 1961

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XVI/152 - 8. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>... und spielt verrückt</u> "Denk ich an Deutschland ..."	45
2 - 3	<u>Erhard in Athen</u> Klärung der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen? Von Dr. Basil Mathiopoulos	94
4 - 5	<u>Für eine geordnete Finanzpolitik!</u> Finanzreform notwendiger denn je	81
6	<u>Zeitgeschehen ...</u> <u>Hochschulen</u> Mangel an Räumen und Personal Forschungsarbeit stark behindert	46

* * *
* *

... und spielt verrückt

"Denk ich an Deutschland ..."

G.M. - US-Präsident Kennedy beruft seine engsten Berater zu einer Sondersitzung über die Beantwortung der jüngsten Sowjetnote zu sich. Grossbritanniens Premier Macmillan schreitet mit höflichem Lächeln die Stände einer sowjetischen Industrieausstellung in London ab. Moskaus Weltraumfahrer Nr. 1, Oberst Gagarin, kommt nach England, wo er sicher mit einem triumphalen Empfang rechnen kann. 300 westdeutsche Firmen bereiten sich auf die grosse Moskauer Industrieausstellung 1962 vor. Israel schiesst die erste Rakete ab. Kasser kauft amerikanische Raketen. In Kuwait stehen die Briten mit geladenem Gewehr. Auf Kuba werden Abschussrampen für sowjetische Raketen gebaut. In Algerien lodert unvermindert das Feuer eines "begrenzten Krieges" ...

In dieser Situation, da selbst starke Männer ihre Nerven sehr unter Kontrolle halten müssen, da jeder Denkende spürt, dass in der Welt manches zur Entscheidung drängt, das auch uns Deutsche angeht - in dieser Situation kurvt in dem kleinen Bonn einer herum und spielt verrückt. Der Fraktionsgeschäftsführer der CDU, Herr Will Rasner. (Richtig gelesen: er heisst wirklich R a s n e r).

Und warum? Weil der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, auf Fragen von Journalisten - wohl gemerkt, auf F r a g e n ! - geantwortet hat, die Einberufung einer Friedenskonferenz der früheren Kriegsgegner Deutschlands durch die Westmächte könnte erwägenswert sein. Das ist, laut Herrn Rasner, ein Sündenfall.

Dr. Kurt Schumacher hat einmal gesagt, die Opposition im demokratischen Staat habe es meist schwerer als die Regierung. Sie müsse sich auch Gedanken für die Regierung machen, die dieser fehlen.

Dass die derzeitige Bundesregierung wenig eigene Gedanken für eine deutsche Politik zur Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes hat, dürfte sich inzwischen in der Welt herumgesprochen haben. Die frühere Behauptung Adenauers, man werde die Russen durch eine Politik der Stärke an den Verhandlungstisch bringen, hat uns der Wiedervereinigung keinen Schritt näher gebracht. Aber wenn ein deutscher Politiker, Regierender Bürgermeister der gefährdeten Stadt Berlin und Kanzlerkandidat der SPD, auf Fragen von deutschen Journalisten einige Gedanken in die Debatte um das Schicksal Deutschlands wirft, dann ist der Teufel los.

In England, Frankreich oder in den USA würde man in einem ähnlichen Fall und in einer ähnlichen Situation Anregungen und Gedanken eines hervorragenden Oppositionspolitikers sachlich analysieren; man würde sie auf ihre Durchführbarkeit hin untersuchen, befürworten oder ablehnen. In der Bundesrepublik wird geholt und verrückt gespielt.

Das alles vor dem Hintergrund einer Entwicklung, in der jede Überlegung, wie man aus der Krise herauskommen könnte, Beachtung verdient. Wer wundert sich noch, wenn man selbst im befreundeten Ausland immer häufiger hört, die Deutschen scheinen sich wenig Gedanken über die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes zu machen. Verrückt spielen hilft uns nicht weiter.

* * *

Erhard in Athen

Klärung der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am 9. Juli unterzeichnen im großen Saal des griechischen Parlaments in Athen die Außen- oder Wirtschaftsminister der Länder des Gemeinsamen Marktes in einem feierlichen Akt den Assoziationsvertrag Griechenlands mit den Sechs der EWG. Als Vertreter der Bundesrepublik ist Prof. Erhard in Athen. Bei dieser Gelegenheit werden bilaterale deutsch-griechische Wirtschaftsgespräche stattfinden. Beide Seiten wollen die Gelegenheit nützen, um jene Unklarheiten zu beseitigen, die in letzter Zeit die Gradlinigkeit der früheren gegenseitigen Beziehungen vernebeln.

Siemens und die Griechen

Diese Unklarheiten bildeten unverkennbar den Hintergrund zu der kürzlichen Abdankung des ehemaligen Botschafters Athens in Bonn, Thomas Upsilon. Eindeutig geht dies aus dem Antwortschreiben des griechischen Außenministers Averhoff hervor. Die Erwähnung von angeblich unlauteren Beziehungen des Botschafters zur Firma Siemens war eigentlich nur die Neuauflage eines Paradoxons. So unglaublich es klingen mag, Tatsache ist, daß der Name Siemens bereits dreimal in rein innenpolitische Auseinandersetzungen verwickelt wurde. - 1954 warf die damalige Regierung Papagos ihrem früheren Koordinationsminister Markesinis vor, er habe anlässlich seines Besuches in Bonn im November 1953 ohne vorherige Verständigung des Kabinetts in Athen der Bundesregierung zwei Briefe überreicht, durch die Griechenland verpflichtet wäre, die Ausführung wichtiger Industrieprojekte der Firma Siemens und Telefunken zu überlassen. Prof. Erhard hatte damals in einem Interview den bindenden Charakter dieser Briefe nicht anerkannt.

Zum zweiten Male wurde Siemens im Sommer 1955 in den Vordergrund der griechischen Innenpolitik gerückt. Der damalige und heutige Minister Papakonstantinou mußte sich mittels einer erfolgreichen Strafanzeige gegen die Verleumdung wehren, er habe von der Firma Siemens "Provisionen" eingesteckt.

Zum dritten Mal versuchte man nun auf dem Rücken der Firma Siemens Hochspannung in der griechischen Innenpolitik zu erzeugen. Botschafter Upsilon konnte in seinem Antwortschreiben jedoch darauf hinweisen, daß die Verhandlungen mit der deutschen Firma direkt von Athen aus, und zwar auf höchster Ebene, geführt worden waren und er nur nachträglich informatorischen Bescheid erhalten hatte. Die Firma Siemens hat sich also auch beim dritten Versuch nicht als politischer Sargträger bewährt. Andererseits läßt sich ein völliges Unbeteiligtsein an diesen Entwicklungen seitens der Firma Siemens auch nicht feststellen. Erfahrungen aus anderen Ländern - man denke an die Vorgänge in Ruerkela - zeigen, daß es allzu leicht Entgleisungen geben kann, wenn private Firmen auf das politische Nebengeleise geraten.

Der Staudamm von Acheloos

Die Verhandlungen der Athener Regierung mit der Firma Siemens über eine Beteiligung am Staudamm von Acheloos, am großen thermo-elektrischen Werk in Megalopolis und an einem Wasserkraftwerk bei Acheloos konnten bis heute noch kein positives Ergebnis zeitigen. Wirtschaftskreise äußerten die Vermutung, daß interessierte französische Kreise wahrscheinlich einen längeren Arm haben. Bekanntlich konnte die französische Firma Pechinó durch einen Vertrag die Schürfrechte für die Bauxitlager und damit einen weitgehenden Einfluß auf die Aluminiumproduktion Griechenlands erlangen. Von der griechischen Opposition wurde der Vertrag allerdings als einer der größten Nachkriegsskandale bezeichnet, da z.B. das Land jener Firma den Energiestrom weit unter dem Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen muß.

Deutsche Wirtschaftskreise weisen darauf hin, daß im Falle einer Beteiligung einer deutschen Firma an den Projekten in Acheloos und Megalopolis, die entsprechende Kredite in Höhe von 180 Millionen DM aus dem Fonds entnommen werden, der für das laufende Jahr von der bundesdeutschen Entwicklungshilfe für Griechenland vorgesehen ist. Erhält eine andere ausländische Firma den Zuschlag, dann werden

- a) die Bedingungen für eine Kreditierung wesentlich ungünstiger sein als via Entwicklungshilfe,
- b) die Griechen das Risiko eingehen, für das Jahr 1961 auf ihren Anteil am Entwicklungsfonds zu verzichten, da bekanntlich eine Gutschreibung nicht erfolgt.

Offensichtlich funktioniert der Mechanismus, der eine beschleunigte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Griechenland auslösen sollte, noch nicht reibungslos. Bezeichnenderweise hat erst vor wenigen Tagen das Athener Blatt "Ethnos" das Niederlassungsabkommen veröffentlicht, das bereits im Frühjahr 1960 von der Bundesrepublik und Griechenland unterzeichnet worden war. Vielleicht war die späte Informierung der Öffentlichkeit mit ein Grund für eine gewisse Reserviertheit breiter Kreise gegenüber den Bedingungen, die deutschen Industriellen manche Privilegien einräumen. Man fragt sich in Athen, aus welchem Grunde wohl dieser Vertrag 15 Monate lang in den Schubladen des Koordinierungsministeriums liegen blieb und erst jetzt dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wird. Aber auch nach der Ratifizierung erhält der Vertrag wenig Sinn, wenn nicht gleichzeitig das Abkommen über den Schutz der deutschen Investitionen - von dem die griechische Öffentlichkeit ebenfalls noch nicht informiert ist - in Kraft tritt.

Paris mit im Spiel

Es bleibt abzuwarten, was bei der Diskussion dieser und anderer aktueller Anliegen am Wochenende in Athen herauspringt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß vom 6. bis 9. Juli der französische Ministerpräsident Debré und sein Außenminister Athen einen offiziellen Staatsbesuch abstatten, selbstverständlich in Begleitung von Wirtschaftsexperten des Quai d'Orsay.

Erfreulich ist, daß bei aller Überschneidung der internationalen Wirtschaftsinteressen, ein klärender Gedankenaustausch stattfindet. Für Griechenland aber scheint es nicht vordringlich zu sein, augenblickliche Erfolgchancen wahrzunehmen, sondern auf dem Boden bewährter traditioneller Wirtschaftsbeziehungen eine gesunde Entwicklung der eigenen Verhältnisse anzukurbeln. Die Bundesrepublik ist nach wie vor der erste Import- und Exportpartner des Landes.

Für eine geordnete Finanzpolitik!

"Seit Jahren bedarf es in der Bundesrepublik einer Finanzreform. Die Regierung, die jetzt an der Macht ist, hat eine solche Reform versprochen gehabt. Es bedarf dieser Reform, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben in der Rangfolge der Dringlichkeit der Bedürfnisse erfüllen können. Die bisherige Bundesregierung hat auch diese Aufgabe nicht zu lösen vermocht. Die neue Bundesregierung wird sie erfüllen".

Aus dem Regierungsprogramm der SPD

H.G. - Nach dem letzten Wochenanweis der Deutschen Bundesbank verfügten der Bund (einschl. Sondervermögen) und die Länder am 23. Juni über ein Guthaben von 9,5 Milliarden DM bei der Deutschen Bundesbank. Das sind 4,2 Milliarden DM mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Innerhalb eines Jahres haben sich die flüssigen Mittel fast verdoppelt! Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet, überraschen kann höchstens die Höhe des Gesamtguthabens von Bund und Ländern, denn die Guthaben sind noch höher als sie zur Blütezeit des "Juliussturmes" jemals waren. Während seiner Zeit (1955/1956) die flüssigen Mittel fast ausschliesslich Bundesguthaben waren, haben zu dem jetzigen "Turm" die Länder die meisten Bausteine geliefert, denn mehr als die Hälfte, fast 5 Milliarden DM, sind Ländermittel.

Aber auch der Anteil des Bundes ist mit 3,8 Milliarden DM recht beachtlich; er wäre noch um 1/2 Milliarde DM höher gewesen. Inzwischen hat aber der Bundesfinanzminister - wie im gleichen Wochenanweis mitgeteilt wird - von den Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Bundesbank einen Betrag von 503 Millionen DM vorzeitig zurückgezahlt. Bekanntlich ist die Bundesbank vor einigen Monaten mit rund 3,1 Milliarden DM Auslandsschuldenrückzahlungen für den Bund in Vorlage getreten. Es handelte sich um die vorzeitige Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA, Grossbritannien und Frankreich im Zusammenhang mit den deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen. Der Bund schuldet diese Summe jetzt der Bundesbank. Hiervon hat der Bundesfinanzminister nunmehr 503 Millionen DM zurückgezahlt.

Unverständlich

Finanz- und währungspolitisch ist dagegen nichts einzuwenden. Immerhin ist bemerkenswert, dass diese Rückzahlung a u s s e r- h a l b des Haushalts vorgenommen wurde, denn der Bundeshaushaltsplan 1961 sieht hierfür keine Mittel vor.

Wenn dem Bundeshaushalt eine solche nicht veranschlagte Zahlung möglich ist, ohne dass er aus dem Gleichgewicht gerät, dann ist es umso unverständlicher, dass die CDU unter Hinweis auf die "schlechte" Haushaltslage den

SPD-Antrag auf stufenweisen Abbau der K a f f e e -
und T e e s t e u e r im Bundestag zu Fall ge-
bracht hat.

Der Nettoausfall an Steuern hätte im ersten Jahr kaum mehr als 120 Millionen DM betragen und würde angesichts der für 1962 zu erwartenden Mehreinnahmen von 4,5 bis 5 Milliarden DM überhaupt nicht zu Buche schlagen. Die Ablehnung des SPD-Antrages ist also weder sachlich noch finanziell gerechtfertigt.

Ungerechtfertigte Angriffe auf die Länder

Über die Gründe der steigenden Kassenguthaben ist schon mehrfach berichtet worden. Es ist sicher keine von der Regierung gewollte Entwicklung, weil etwa aus konjunkturpolitischen Gründen bewusst eine antizyklische Finanzpolitik betrieben würde, sondern es ist der Ausfluss des Konjunkturbooms, der nicht erwartet Steuermehreinnahmen in die öffentlichen Kassen schwenkte.

Die augenblickliche Höhe der Kassenmittel darf aber trotzdem nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen. Ganz besonders die Länderguthaben geben kein zutreffendes Bild über die tatsächliche Lage der Länderhaushalte. Daher ist es nicht gerade sehr angebracht, wenn der Bundesfinanzminister bei jeder Gelegenheit auf die "übevollen Länderkassen" hinweist mit dem Hintergedanken, einen Griff hinein zu tun, obgleich ihm selbst die Taschen überquellen. Das ist ein plummes Ablenkungsmanöver. Die Länder haben im übrigen nicht die Möglichkeiten wie der Bund, die sichtbaren Guthaben durch vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden und Vorausbezahlung von Rüstungskäufen praktisch über Nacht herunterzumanipulieren.

Die Haushaltslage der Länder ist z. Zt. durchaus noch unübersichtlich, die Kassenbestände geben kein richtiges Bild, denn einerseits haben sich durch den Vierteljahrestermin (15. Juni) der Einkommen- und Körperschaftsteuer besonders hohe Beträge gestaut, andererseits müssen die Ausfälle des Steueränderungsgesetzes 1961 verdaut werden, das den Ländern und Gemeinden zusammen fast 1,5 Milliarden DM W e n i g e r e i n n a h m e n beschwert hat. Ferner ist nicht geklärt, inwieweit der Bund noch andere Belastungen den Ländern zuzutun wird.

Bund und Länder sollten sich daher so schnell wie möglich als echte Finanzpartner an den Verhandlungstisch setzen und gemeinsam überlegen, wie ihre Ausgabenbedürfnisse am besten aufeinander abgestimmt werden können, damit eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden wird.

* * *

Zeitgeschehen ...

Hochschulen

Mangel an Räumen

"Die Hochschulen verfügen noch nicht über die für Unterricht und Forschung erforderlichen Räume. Der Mehrbedarf durch die Ausweitung der Forschung und durch das Ansteigen der Studentenzahlen ist nicht befriedigt. Die erweiterten Aufgaben der Hochschulen machen es zum Teil notwendig, auch an Hochschulen, die vom Kriege nicht oder nur verhältnismässig wenig betroffen worden sind, ganze Fakultäten aus dem Stadtkern hinauszuverlegen. Dies trifft z.B. für die Universitäten Heidelberg und Göttingen und für die Medizinische Fakultät in München zu.

Immer noch sind zahlreiche Institute nur behelfsmässig oder in veralteten Gebäuden untergebracht und aber in Forschung und Ausbildung behindert. Aber auch an Instituten, die in an sich zweckentsprechenden, für das betreffende Institut eigens geschaffenen Räumen untergebracht sind, reicht die Zahl der Arbeitsplätze nicht aus. Das gilt zum Teil auch für Bauten, die unmittelbar nach dem Kriege geschaffen worden sind. Ebenso fehlt es vielen Hochschulen an Räumen für Vorlesungen und Übungen, vielen Technischen Hochschulen insbesondere an Zeicherräumen.

Mangel an Personal

Für die Erfüllung ihrer Lehr- und Forschungsaufgaben müssen die Institute und Seminare mit Stellen für Assistenten und Hilfspersonal sowie mit Sachmitteln ausgestattet sein. Bei einer gesunden Organisation müsste dabei der Grundbedarf, der aus den regelmässigen Lehr- und Forschungsaufgaben der Hochschulinstitute entsteht, über den Hochschuletat selbst zur Verfügung gestellt werden. Erhöhter Bedarf, der sich aus besonderen konkreten Forschungsvorhaben des an der Hochschule wirkenden einzelnen Gelehrten ergibt, wird dagegen am besten durch spezielle zentrale Einrichtungen finanziert, die die nötigen Mittel nach Prüfung des jeweiligen Vorhabens zur Verfügung stellen. In der Bundesrepublik fällt diese Aufgabe insbesondere der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu. Diese Art der Finanzierung ermöglicht es, dass der Hochschuletat sich auf die Finanzierung der Grundaufgaben beschränken kann, während der Bedarf für besondere Forschungsvorhaben dem einzelnen Forscher nach individueller Prüfung seines Vorhabens durch Fachgutachter sozusagen im Leistungswettbewerb zugesprochen wird. Insbesondere bewährt sich diese Aufgabenteilung auf wissenschaftlichen Gebieten, die sich noch in den Anfängen ihrer Entwicklung befinden.

Die Grundausrüstung mit Personal und Sachmitteln ist in vielen Fällen unzureichend. Wenn die Verhältnisse von Hochschule zu Hochschule und von Fach zu Fach auch verschieden liegen, so können doch oft mit den bereitgestellten Mitteln die notwendigen, dauernden Aufgaben in Forschung und Lehre nicht wahrgenommen werden. Dies gilt insbesondere auch für viele zentrale Hochschulbibliotheken. Die Folge ist, dass der Lehrbetrieb Not leidet und dass die Forschungsarbeit an den Hochschulinstituten stark behindert ist."

(Aus den "Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen")

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel